



schweizerische agentur
für akkreditierung
und qualitätssicherung

agence suisse
d'accréditation et
d'assurance qualité

agenzia svizzera di
accreditamento e
garanzia della qualità

swiss agency of
accreditation and
quality assurance

www.aaq.ch
info@aaq.ch

Effingerstrasse 15
Postfach, CH-3001 Bern
Tel. +41 31 380 11 50

Schweizerische Hochschulkonferenz
Frau Silvia Studinger, Vizedirektorin SBFI
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Bern, 13. Juni 2019

Verordnung des Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen / Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Studinger

Die Verordnung des Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen fasst die bisherigen Bologna-Richtlinien der universitären Hochschulen (SR 414.205.1) und der Fachhochschulen (SR 414.205.2) in einem einzigen Erlass zusammen und wird eine Rechtsgrundlage für den Entscheid auf Eintreten (Artikel 4 Akkreditierungsverordnung HFKG) des Akkreditierungsrates und für die Anwendung von Standards der institutionellen Akkreditierung durch die Gutachtergruppen sein (Anhang der Akkreditierungsverordnung HFKG). Namentlich wird die Verordnung Wirkung entfalten in der Bewertung von Kriterium e (Art. 4 Abs. 1 Bst. e Akkreditierungsverordnung HFKG) und bei der Auslegung der Standards aus dem 3. Bereich: Lehre, Forschung und Dienstleistungen:

- | | |
|---------------|--|
| Kriterium e | Sie (die Hochschule oder andere Institution des Hochschulbereichs) ist mit dem europäischen Hochschulraum kompatibel. |
| Standard 3.1 | Die Aktivitäten der Hochschule (...) entsprechen ihrem Typ, ihren spezifischen Merkmalen und ihren strategischen Zielen. (...) |
| Standard 3.3. | Das Qualitätssicherungssystem erlaubt sicherzustellen, dass Grundsätze und Ziele im Zusammenhang des europäischen Hochschulraums berücksichtigt werden. |
| Standard 3.4 | Das Qualitätssicherungssystem erlaubt sicherzustellen, dass die Kriterien für die Zulassung und Beurteilung der Leistungen der Studierenden und für die Abgabe von Ausbildungsabschlüssen entsprechend dem Auftrag der Hochschule (...) berücksichtigt werden. (...) |

Wir bedanken uns deshalb für die Gelegenheit zum Entwurf der Verordnung Stellung nehmen zu können.

I. GRUNDSÄTZLICHE BEMERKUNGEN

Wir können nachvollziehen, dass mit dem Namen “Koordination der Lehre” der Bezug zum Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) hergestellt werden soll. Ebenso können wir nachvollziehen, dass der Ingress der Bologna-Richtlinien mit Blick auf die Gesetzestechnischen Richtlinien der Bundeskanzlei gekürzt werden sollen. Wir stellen jedoch mit Bedauern (vgl. Standard 3.3) fest, dass der explizite Bezug auf die Bologna-Reform sowohl im Titel als auch im Ingress vollständig verloren gegangen ist. Entsprechend werden zentrale Elemente des europäischen Hochschulraums in der Verordnung auch nicht angesprochen: Anerkennung bzw. Lissabon Konvention, Qualifikationsrahmen, ECTS- Leitfaden, Lernzielorientierung.

Weiter möchten wir zu bedenken geben, dass die Schweiz dem europäischen Hochschulraum als Signatarstaat der Bologna-Erklärung beigetreten ist, aktiv in der Bologna Follow-up Group (2018 als Co-Chair) mitarbeitet, die regelmässigen Communiqués der Konferenzen der Minister des europäischen Hochschulraums mitträgt und Mitglied des europäischen Registers EQAR ist. Die Schweizer Bildungspolitik erachtet Mobilität und Austausch in der Bildung als ein wichtiges Instrument (vgl. Webseite des SBFI) und unterstützt über die Agentur Movetia die Teilnahme von Personen und Institutionen aus der Schweiz an Erasmus+. Die Verordnung über die Koordination der Lehre nimmt auf keinen dieser Aspekte Bezug: die europäische Dimension fehlt – abgesehen vom ECTS – völlig.

«Stakeholder Involvement» ist ein grundlegender Wert des Europäischen Hochschulraums und eine von drei Prioritäten, welche die Minister des europäischen Hochschulraums im Paris Communiqué 2018 festgelegt haben. Es ist deshalb umso bedauerlicher, dass die Anspruchsgruppen ausserhalb von swissuniversities und Schweizerischer Hochschulkonferenz erst zu diesem späten Zeitpunkt in die Erarbeitung der Verordnung eingebunden werden.

In diesem Zusammenhang verweisen wir insbesondere auf die Tatsache, dass private, nach UFG akkreditierte universitäre Hochschulen und universitäre Institutionen des Hochschulbereichs unmittelbar von der Verordnung betroffen sind. Da diese jedoch nicht in der Rektorenkonferenz vertreten sind, konnten sie nicht zur Verordnung beitragen.

Mit Blick auf Standard 3.1 der institutionellen Akkreditierung (s. oben) nehmen wir zur Kenntnis, dass Artikel 3 und Artikel 10 der Verordnung das Promotionsrecht zu einem Alleinstellungsmerkmal von universitären Hochschulen machen.

Dass die Titel Bachelor und Master of Theology sowie der Bachelor und Master of Law in der aktuellen Version von Artikel 10 den universitären Hochschulen vorbehalten sind, erkennen wir im Ansatz als Zuordnung von Fachbereichen zu Hochschultypen und damit als weitere Alleinstellungsmerkmale von universitären Hochschulen.

II. ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Im Einzelnen halten wir folgende Änderungen für unerlässlich:

Ingress

Änderung

Der Hochschulrat,
gestützt auf Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer 1 des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes vom 30. September 2011 (HFKG)
und auf Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer 1 der Vereinbarung vom 26. Februar 2015 zwischen Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich,
in Ausführung der «Joint Declaration of the European Ministers of Education Convened in Bologna on the 19th of June 1999» sowie den Communiqués der Konferenzen der Minister des europäischen Hochschulraums,
verordnet.

Begründung

Der Ingress muss den Bezug zum europäischen Hochschulraum herstellen.

Artikel 2 Europäisches Kreditsystem ECTS

Änderung

³ Das Referenzdokument für die Anwendung der ECTS ist der ECTS-Leitfaden.

Begründung

Der Kommentar zu Artikel 2 verweist auf den ECTS-Leitfaden. In den bisherigen Verfahren der Akkreditierung hat sich gezeigt, dass nicht alle Hochschulen mit diesem zentralen Instrument vertraut sind. Der ECTS-Leitfaden gehört als neuer Absatz 3 in die Verordnung:

Neuer Artikel 2bis

Änderung

^{2bis} Bei der Ausgestaltung und Beschreibung ihrer Studienprogramme verwenden die Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs den nqf.ch-HS. Bei der Formulierung der Lernergebnisse stützen sie sich auf die Dublin Deskriptoren.

Begründung

Bereits 2005 hat die Konferenz der Minister des europäischen Hochschulraums den sogenannten Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) verabschiedet, der als Metarahmen die Übersetzung der vielfältigen nationalen Qualifikationssysteme ermöglicht. Die meisten Länder des europäischen Hochschulraums haben in der Folge einen Nationalen Qualifikationsrahmen erarbeitet und verabschiedet.

2009 haben die damaligen Rektorenkonferenzen CRUS, KFH und COHEP einen Entwurf für einen Qualifikationsrahmen für den schweizerischen Hochschulbereich nqf.ch-HS verabschiedet.

Die für die Universitäten zuständige SUK hat 2011 den Qualifikationsrahmen für die Universitäten genehmigt. Die Verordnung über die Koordination der Lehre bietet die Gelegenheit, den nqf.ch-hs sowie den EQF auf Stufe Verordnung zu verankern.

Mit den so genannten Dublin Deskriptoren stehen entsprechende Hilfsmittel für die Einordnung zur Verfügung. Indem die Dublin Deskriptoren Lernergebnisse für jede Stufe definieren, werden die akademischen Titel Bachelor, Master, Doktorat auch inhaltlich positioniert.

Artikel 3

Änderung

Buchstaben a, b und c je um das Niveau nach nqf.ch-HS und/oder EQF ergänzen.

Begründung

Mit dem Verweis auf den nqf.ch-HS bzw. den EQF können die Bachelor und Masterstufe eingeordnet werden.

Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b

Änderung

b. die zweite Studienstufe (Masterstufe) mit 90 oder 120 Credits, bei den pädagogischen Hochschulen mit 90-120 Credits sowie in der Humanmedizin, **in der Chiropraktik** und in der Veterinärmedizin mit 180 Credits.

Begründung

Der Master in Chiropraktik dauert ebenfalls 180 ECTS.

Artikel 3 Absatz 2

Änderung

streichen

Begründung

Artikel 3 beschreibt das gestufte Studium; Absatz 2 gehört nicht in diesen Zusammenhang. Der Zugang von Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen zum 3. Zyklus ist unter Artikel 9 verbindlicher zu regeln (neuer Artikel 9 Absatz 2).

Artikel 3 Absatz 4

Änderung

streichen

Begründung

Dieser Absatz wiederholt Artikel 26 HFKG. Darüber hinaus trifft er auch auf einzelne Bachelorprogramme von pädagogischen Hochschulen zu. Wenn mit dieser Bestimmung zum Ausdruck gebracht werden soll, dass der Regelabschluss an universitären Hochschulen und den anderen universitären Institutionen des Hochschulbereichs der Master ist, dann ist das explizit zu benennen. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob die Verordnung dies regeln kann.

Neuer Artikel 4bis

Änderung

^{4bis} Die Hochschulen und die anderen Institutionen des Hochschulbereichs regeln die Zulassung zum Studium sowie die Anerkennung von Leistungen im Einklang mit der Lissabon Konvention.

Begründung

Die Lissabon Konvention, von der Schweiz ratifiziert, ist die wesentliche Grundlage für die Anerkennung von Leistungen und die Zulassung zum Studium. Die Verordnung über die Koordination der Lehre bietet Gelegenheit die Lissabon Konvention auf Stufe Verordnung zu verankern.

Neuer Artikel 9 Absatz 2

Änderung

² Die universitären Hochschulen und die anderen universitären Institutionen des Hochschulbereichs gewähren qualifizierten Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen Zugang zum 3. Zyklus.

Begründung

Der in Artikel 3 Absatz 2 des Entwurfs angedeutete Zugang von qualifizierten Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen muss explizit und verbindlicher geregelt werden.

Neuer Artikel 10bis

Änderung

Die Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs geben zusammen mit der Titelerkunde ein Diploma Supplement ab.

Begründung

Das Diploma Supplement ist ein Instrument, um die akademische oder berufliche Anerkennung zu gewährleisten. Sowohl in der Lissabonner Konvention als auch in der Bologna Deklaration sind die Vertragsparteien ausdrücklich aufgefordert, die Verwendung des Diploma Supplement zu fördern. Die Verordnung über die Koordination der Lehre bietet die Gelegenheit, das Diploma Supplement auf Stufe Verordnung zu verankern.

III. KLÄRUNGSBEDARF

Die Weiterbildungsangebote nach Artikel 4 dieser Verordnung sind Teil des vierfachen Leistungsauftrags, aber nicht Teil der Lehre im engeren Sinne. Es ist deshalb zu prüfen, ob die Weiterbildungsangebote im Vergleich zum grundständigen Studium nach Artikel 3 bezüglich Zulassung sowie Qualifikationsniveau klarer zu positionieren sind.

Artikel 10 dieser Verordnung lässt offen, ob eine Hochschule in einem bestimmten Fach einen Bachelor / Master of Arts oder Bachelor / Master of Sciences verleiht. Wir empfehlen zu regeln, unter welchen Bedingungen ein Bachelor / Master of Arts oder ein Bachelor / Master of Sciences verliehen werden darf.

Weiter würden wir eine Klärung begrüssen, ob Artikel 10 in seiner gegenwärtigen Fassung zulässt, dass Fachhochschulen in den Fachbereichen, die den universitären Hochschulen vorbehalten sind, Titel wie Bachelor of Arts in Law / Master of Arts in Law, Bachelor of Arts in Theology / Master of Arts in Theology oder Bachelor of Arts in Medicine / Master of Arts in Medicine vergeben können.

Verschiedene Hochschulen in der Schweiz verleihen den sogenannten DBA (Doctor of Business Administration). Dieser noch wenig bekannte Abschluss kann nicht mit einem Doktorat auf Stufe 8 des EQF gleichgesetzt werden. Wir empfehlen zu prüfen, ob der DBA in Artikel 10 aufgenommen werden soll.

Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung delegiert die Kompetenz, weitere Dokortitel festzulegen an die universitären Hochschulen und universitären Institutionen des Hochschulbereichs. Wir empfehlen diese Bestimmung im Kommentar in einen Kontext zu stellen.

Schliesslich möchten wir darauf hinweisen, dass die Verordnung Gelegenheit böte, die Mehrfachimmatrikulation zu regeln.

Die Berücksichtigung unserer Vorschläge wird dazu beitragen, die Position der Schweizer Hochschulen und der anderen Institutionen des Hochschulbereichs im europäischen Hochschulraum zu stärken und die Umsetzung der Akkreditierungsverordnung vereinfachen.

Mit freundlichen Grüssen



Christoph Grolimund
Direktor